



Informationen zur Schulpolitik

Ratscherr Stephan Ehmke – Schulpolitischer Sprecher der CDU-Ratsfraktion – Tel.: 0431/ 5796556, E-Mail: stephehmke@gmx.de

Umstrukturierung der Kieler Förderzentren beschlossen

Die bisher acht Kieler Förderzentren werden beginnend mit dem nächsten Schuljahr zu drei Einrichtungen zusammengeführt. Dies beschloss der Ausschuss für Schule und Sport am 11.04.2013. Hintergrund der Umstrukturierung ist der gesetzlich festgeschriebene Ausbau der Inklusion von Kindern mit Behinderungen und Lernstörungen in den allgemeinen Unterricht. Aus diesem Grund werden zukünftig weniger Förderzentren benötigt.

Die CDU-Ratsfraktion hat sich im Vorfeld intensiv dafür eingesetzt, dass alle Maßnahmen in diesem pädagogisch sensiblen Bereich unter eingehender Beteiligung und Zustimmung aller Betroffenen, insbesondere der Elternvertreter, umgesetzt werden. So konnte die CDU erreichen, dass noch vor der Beschlussfassung ein „Runder Tisch“ stattfand, in dem letzte Unklarheiten und Streitpunkte beseitigt werden konnten.

Zuvor hatte die CDU die Informations- und Kommunikationspolitik der Verwaltung im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Förderzentren mehrfach scharf kritisiert. So erfuhr die Selbstverwaltung von einer bereits seit November 2012 existierenden Beschlussvorlage erst Ende Januar aus der Zeitung. Auch danach musste die CDU mehrfach intervenieren, bevor die Beschlussvorlage schließlich im März 2013 in den Beratungsgang der Selbstverwaltung gegeben wurde.

Darüber hinaus machte die CDU-Ratsfraktion deutlich, dass Inklusion nur gelingen kann, wenn den Schulen eine ausreichende Ausstattung mit sonderpädagogischem Personal zur Verfügung gestellt wird. Dies ist Aufgabe des Landes. So fordert die CDU vom Bildungsministerium eine deutliche Verbesserung bei der Versorgung mit Lehrerstunden in diesem Bereich.

CDU fordert Umsetzung des Sporthallenbaus an der Humboldtschule

Es ist eine „unendliche Geschichte“: Seit Jahren steht der Bau einer Sporthalle für die Humboldtschule aus Platz Eins der Prioritätenliste. 2010 sah es so aus, als könne das Projekt mit Hilfe eines privaten Investors auf dem ehemaligen Gelände der Stadtwerke am Knooper Weg umgesetzt werden. Doch Rot-Grün verhinderte den Bau, weil man den Investor aus ideologischen Gründen ablehnte. Zu Beginn des Jahres 2012 versprach OB Torsten Albig der Schule den Bau der Halle auf ihrem Gelände bei einer öffentlichen Veranstaltung in die Hand.

Doch seitdem tut sich dort gar nichts mehr. Genauer gesagt, seitdem sich Bürgermeister Todeskino das Projekt eines Einbaus der Sporthalle in das denkmalgeschätzte ehemalige Lessingbad in den Kopf gesetzt hat. Für die CDU ein technisch und finanziell nicht umsetzbares Vorhaben. Doch auch nachdem die Ratsversammlung den Bau der Sporthalle auf dem Gelände der Humboldtschule mit dem Schulbauprogramm 2013-2018 beschlossen und entsprechenden Mittel in den Haushalt eingestellt hatte, ruht „still der See“. Eine seitens der Verwaltung im Rahmen einer für den 11. April 2013 angesetzten gemeinsamen Sitzung mehrerer Ausschüsse angekündigte Beschlussvorlage zur Zukunft des Lessingbades wurde sang- und klanglos und ohne Begründung abgesagt.

Für die CDU steht fest: Trotz des klaren Versprechens eines SPD-Oberbürgermeisters und trotz eindeutiger Beschlusslage des Rates will der Grüne Bürgermeister Todeskino die Sporthalle nicht an der

Humboldtschule haben. Doch wie das umgesetzt werden soll, weiß in der Verwaltung niemand. Dort herrscht offensichtlich völlige Ratlosigkeit.

Die CDU jedenfalls fordert weiterhin, die beschlossenen Pläne zu Bau der Sporthalle auf dem Gelände der Humboldtschule endlich umzusetzen!

Mensenbau muss dringend überprüft werden

Beharrlich lehnt die Dänenampel im Rat alle Anträge der CDU ab, Maßnahmen im Schulbau auf ihren exakten Bedarf und die Kosten hin zu überprüfen. Insbesondere gilt dies für die erklärten Lieblingsprojekte der Grünen, große, reichlich dimensionierte und damit teure Mensen.

Dabei liegen Informationen vor, die darauf schließen lassen, dass die Stadt in der Vergangenheit die Größe der Mensen am Bedarf vorbei geplant hat. Anlass zu diesen Bedenken geben eine angefangene Erhebung aus dem Jahre 2011, die Antwort einer Kleinen Anfrage der CDU im Rat sowie die öffentlich diskutierte Tendenz, dass Schüler und Schülerinnen das Mittagessen an den Schulen zunehmend nicht in Anspruch nehmen. Grund genug für die Forderung der CDU, den tatsächlichen Bedarf für Mittagessen an den einzelnen Schulen genau unter die Lupe zu nehmen. Denn es geht nicht nur um die Sicherstellung einer guten Verpflegung für die Ganztagschüler, sondern auch um den verantwortungsvollen Umgang mit den Steuergeldern hinsichtlich der desaströsen Finanzlage der Stadt. Doch all dies spielt für SPD, Grüne und SSW im Rat keine Rolle.

18.04.2013